

Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen



Erscheint Werktags nachmittags mit dem Datum des Erscheinungstages.
Bezugspreis: Monatlich 3 Mark. Einzelne Nummern 15 Pf.
Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 21295 — Schriftleitung Nr. 14574.
Postkontonummer Dresden Nr. 2486. — Stadtkontonummer Dresden Nr. 140.

Ankündigungen: Die 32 mm breite Grundzeile oder deren Raum 30 Pf., die 66 mm breite Grundzeile oder deren Raum im amtlichen Teile 60 Pf., unter Ein-
geschloß 90 Pf. Ermäßigung auf Geschäftsanzeigen, Familiennachrichten u. Stellen-
gesuche. — Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Zeitweise Nebenblätter: Landtags-Beilage, Verkaufsstelle von Holzplanzen auf den Staatsforstrevieren.

Verantwortlich für die Redaktion: J. B. Oberregierungsrat Hans Bock in Dresden.

Nr. 227

Dresden, Dienstag, 29. September

1925

Einstellung des Personalabbaues in Preußen.

Berlin, 28. September.

Das Preussische Staatsministerium hat dem Staatrat den Entwurf eines Gesetzes über die Einstellung des Personalabbaues und Änderung der Preussischen Personalabbaubestimmungen mit der Bitte zugehen lassen, sich mit Rücksicht auf die Wichtigkeit der Vorlage möglichst bald gutachtlich zu äußern. Der Entwurf schließt sich in allen wesentlichen Punkten dem Vorgehen des Reiches an.

Berhandlungen über die Beamtensbesoldung.

Berlin, 28. September.

Die Besprechungen der Beamtensippenorganisationen mit dem Reichsfinanzministerium, die schon in der vorigen Woche stattfinden sollten, infolge der Beratungen der Reichsregierung über die Paktfrage jedoch unterbleiben mußten, finden am Donnerstag, den 1. Oktober, nachmittags 4 Uhr statt. Der Reichsfinanzminister wird an den Verhandlungen über die Besoldungsfrage persönlich teilnehmen.

Reichsbannertag in Regensburg.

München, 28. September.

In Regensburg hielt das Reichsbanner am Sonntag seine Bannertage, zu der aus dem ganzen Lande mehrere Tausende von Kameraden zusammengeströmt waren. Die Höhepunkte der Feier bildete die Festrede, die an Stelle des im letzten Augenblick verhinderten Reichsbannerführers a. D. Marx, gegen dessen Erscheinen in der reaktionären Presse außerordentlich gehetzt worden war, der Vorsitzende der Windthorst-Bünde, der Reichstagsabgeordnete Krone (Berlin), übernommen hatte. Nachdem er das Reichsbanner als das Symbol für Groß-Deutschland charakterisiert hatte, mahnte er zur Wahrung demokratischer Werte auch in Fragen der Außenpolitik und erklärte zum Schluß unter stürmischem Beifall: „Freunde, wer hat diese kahne Stadt erbaut? Der aufstrebende Bürgerstand des Mittelalters. Der Adel, die Feudalherren regierten damals. In jähem Ringen errang der neue Stand der Bürger Position um Position. Heute sitzt er am Ruder, doch großem, kraftstrophem, kommt heute noch ein neuer Stand hoch: das Arbeiterium. Es ringt um seinen Platz in der Gesellschaft. Man will ihm diesen Platz verschweigen, wie man es einstmals dem Bürgerium tat. Ein eiltes Beginnen. Freunde! Wir wollen zu jenen gehören, die die Rot des Proletariats sehen, die den Sinn dieser um seinen Platz kämpfenden Arbeiterklasse verstehen. Dann erfüllen wir die Aufgaben, die uns die Zeit zu lösen gestellt hat: Friedensbringer zu sein im Streite für soziale Gerechtigkeit. Kameraden vom Reichsbanner, das ist die soziale Parole unseres Banners Schwarz-Rot-Gold!“

Der Reichsbannerprozess von Grevesmühlen.

Rostock, 28. September.

Am Dienstag hat in Grevesmühlen der Reichsbannerprozess von Grevesmühlen seinen Anfang genommen. Es stehen 17 Einwohner von Grevesmühlen vor dem Richter, in der Mehrzahl Angehörige des Reichsbanners, die samt und sonders mit Ausnahme von geringen Geldstrafen vollkommen unbestraft sind. Tiefe Reichsbannerleute krän die schwer-betroffene Reichsbanner-Gemeinschaft und den ebenso berechtigten Frontmann am 6. Dezember v. J. überfallen und mißhandelt haben. Die Ermittlungsbehörde hat jedoch schon damals festgestellt, daß die Einstellung der Schläger von dem sog. Reichsbanner provoziert worden ist und die Reichsbannerleute erst nach sorgfältigen Klären in der Rostocker gegen die Reichsbannerfront marschieren und sie dann allerdings ganz gehörig verblühten. Von den Angeklagten sind acht kürzere oder längere Zeit in Untersuchungshaft feingehalten worden. Der Richter hat eine 39-jährige

Das Vorspiel zur Paktkonferenz.

Die Erklärungen der Botschafter in Paris und London.

Paris, 28. September.

Der deutsche Botschafter v. Hoersch wurde in Verfolg des Besuchs, den er am Sonntag nachmittag dem Generalsekretär des französischen Außenministeriums, Berthelot, abgestattet hat, heute nachmittags um 5 Uhr durch den französischen Minister für Auswärtige Angelegenheiten, Briand, empfangen. Die Unterredung dauerte etwa eine Stunde. Der Botschafter brachte nochmals die Annahme der an die Reichsregierung gerichteten Einladung zu einer Ministerbegegnung sowie Verhandlung über den Abschluß eines Sicherheitspaktes zur Kenntnis. Im Anschluß daran kam eine Reihe mit der Einladung zusammenhängender Nebenfragen zur Sprache, von denen einige noch nicht geklärt sind.

Über die mündlichen Erklärungen der deutschen Botschafter in Paris und London, die sie bei der Überreichung der deutschen Antwortnote auf die Einladung der Alliierten abgegeben haben, weiß das „Berliner Tageblatt“ mitzuteilen, daß der deutsche Botschafter in London Schamer in den die Übergabe der Note begleitenden Worten einmal die Schuldfrage berührte, dann auf das Memorandum der deutschen Regierung vom September 1924 über den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund verwies und auch die kürzlich fällige Räumung der Kölner Zone erwähnte habe.

Die Verzögerung des Beginnes der Paktkonferenz wird von der „Voss. Ztg.“ auf diplomatische Erörterungen zurückgeführt, die im Anschluß an die mündlichen Mitteilungen der deutschen Botschafter von den Alliierten gewünscht worden seien. Der englische Botschafter in Berlin, Abernethy, und der französische Botschafter, de Margerie, hätten bereits gestern in der Wilhelmstraße vorgeprochen. Wie das gleiche Blatt wissen will, soll auch die Veröffentlichung der deutschen Note nicht, wie angekündigt, am Dienstag, sondern erst am Mittwoch erfolgen.

Interview Sauerweins Stresemann.

Berlin, 28. September.

Nach Mitteilungen an die Zeitungen hat der Reichsminister Dr. Stresemann in dem Interview mit Sauerwein folgendes erklärt: Ich begrüße es, daß der Botschafter Hoersch morgen Gelegenheit hat, dem Minister Briand gegenüber die von deutscher Seite abgegebenen Erklärungen auch persönlich abzugeben und erläutern zu können. Die deutsche Regierung hat ihrerseits wiederholt erklärt, daß sie ein positives Ergebnis der Ver-

handlungen über den Sicherheitspakt begrüßen würde. Die von unserem Botschafter abgegebenen Erklärungen bezwecken gerade, diejenige Atmosphäre gegenseitiger inniger Gleichberechtigung zu schaffen, welche die Voraussetzung für ein gutes Ergebnis der Ministerkonferenz ist. Alles Weitere hat Sauerwein hinzugefügt. Über eine Verzögerung des Termins der Konferenz liegt amlich nichts vor.

Die Londoner Auffassung.

Paris, 28. September.

Havas berichtet aus London: Die Veröffentlichung des Textes der deutschen Antwort auf die Einladung zu einer Sicherheitspaktkonferenz ist bis Donnerstag verschoben worden. Die Aufklärungen, die der Botschafter Schamer zur Note gegeben hat, betreffen in keiner Weise den guten Eindruck, den die deutsche Antwort in diplomatischen und politischen englischen und alliierten Kreisen hervorgerufen hat. Die englische Regierung vertritt den Standpunkt, daß alle Fragen betreffend den Sicherheitspakt, ob es sich um den rheinischen Sicherheitspakt oder um ähnliche Schiedsverträge handelt, in Locarno geregelt werden würden. Ob die Konferenz am 5. Oktober beginnen wird, kann erst nach den Verhandlungen, die Briand und Botschafter v. Hoersch führen, entschieden werden.

Der „Temp“ zur Kriegsschuldfrage.

Paris, 28. September.

Die neuesten Pariser Pressestimmen zeigen bereits, daß die deutschen Vorbehalte den lebhaftesten Unwillen auslösen. Zur Kriegsschuldfrage weiß der „Temp“ darauf hin, die Verantwortung für die Kriegsschuld sei in dem Artikel 231 des Friedensvertrages festgelegt und sein Widerruf könne die Wirkung dieses von Deutschland gemachten Schuldgeständnisses vernichten. Keine Macht sei in der Lage, diesen Artikel 231 aufzuheben, der auch vollkommen rechtsfertige, von den für den Krieg verantwortlichen Nationen die Reparationen zu verlangen, die ihnen von den Alliierten auferlegt worden seien. Was die Räumung der Kölner Zone betreffe, so sehe man nicht, welche Versicherung Deutschland gegeben werden könne, da es allein von ihm abhängt, daß die erste rheinische Besatzungszone von den Alliierten verlassen werde. Die Räumung der Kölner Zone und der Abschluß eines rheinischen Sicherheitsvertrages seien zwei voneinander unabhängige Probleme.

alte Arbeiterfrau Martha Schmedemann getroffen sein.

In Grevesmühlen kam es aber seit Monaten fortgesetzt zu Schlägereien, die immer wieder von den Reichsbannern, die in einzelnen Trupps bei Waderbusch, Schwertin und Grevesmühlen untergebracht waren, heraufgebrochen worden sind. In der nächsten Umgebung von Grevesmühlen waren etwa 300 Mann „einquartiert“, die hier mit Revolver und Dolch herumkurierten und fortgesetzt das Leben anderer Leute bedrohten.

Abgelehntes kommunistisches Bündnisangebot.

Berlin, 28. September.

Der „Vorwärts“ veröffentlicht ein Geheimaktuelles der kommunistischen Partei Deutschlands, das Richtlinien für den kommenden Groß-Berliner Stadtverordnetenwahlskampf enthält und in dem es u. a. heißt: „Wir müssen betonen und zwar scharf betonen, daß die K. P. D. bereit ist, mit der S. P. D. gemeinsam für die Durchführung einer Reihe von Forderungen zu kämpfen, die auch von der S. P. D. aufgestellt und von der großen Masse der wähl-

tigen Bevölkerung als ihre Forderungen anerkannt werden. Wir müssen vermeiden, immer wieder davon zu sprechen, daß wir die S. P. D. enthalten wollen. Wir wissen doch, daß die S. P. D. nicht mit uns gemeinsam für die Verwirklichung der Forderungen kämpfen wird. Gerade dadurch aber, daß wir das Forderungengeheimnis einhalten und der S. P. D. ganz frei vorschlagen, bestimmte Forderungen mit uns zu verwerfen, werden wir große Erfolge erzielen.“

Damit keine Stimme der Arbeiter verlorengeht, tritt die K. P. D.-Organisation West an die S. P. D. mit dem Vorschlag heran, eine Plattenverbindung zwecks Abklärung der Richtlinien mit der S. P. D. in Berlin und allen Verwaltungsbezirken einzugehen.

Der „Vorwärts“ bemerkt dazu: „Bier Jahre lang haben die Kommunisten im Rathaus die wässrige Radautatik getrieben. Sie haben durch den Abbau der sozialdemokratischen Stadträte dem Bürgertum zur Wehrheit im Ratherrat verholfen, sie haben die Annahme einer jeden Wahl mit allen Mitteln zu hintertreiben versucht, sie haben niemals auch nur das geringste Interesse für die bürgerlichen Finanzen und für die kommunale Wirtschaft an den Tag gesetzt. Das ganze Treiben war diktiert von der Sehnsucht, die Sozialdemokraten zu „entlassen“. Jetzt kommen dieselben Kommunisten, weil sie leben, wie sehr sie

mit ihrer Politik auf den Hund gekommen sind, und glauben, durch ein Bündnisangebot an die eben noch verlassene Sozialdemokratie ihre arbeitsschändliche Politik vergessen machen zu können.

... Von Wante trotzdem vielleicht mit den Kommunisten darüber reden, wenn man auch nur den geringsten Anhaltspunkt dafür hätte, daß diese faktische Wendung irgendwie ernst gemeint ist. Die Kommunisten würden es wahrscheinlich selber als Beleidigung empfinden, wenn man ihnen bei diesem neuen Wanderver auch nur im geringsten Ehrlichkeit zutragen wollte. Sie sind im Gegenteil wahrscheinlich besonders stolz darauf, daß sie so selbstlos zu „mandrieren“ verstehen.

Der tiefere Sinn dieser Schwankung ist leicht zu erraten. Es ist das Einverständnis von dem vollständigen Vankrott der kommunistischen Politik. Was fällt, soll man hoffen. Mit den berufsmäßigen Journalisten der K. P. D. im Rücken kann die Arbeiterbewegung sich nicht durchsetzen. Erst muß sie mit ihnen aufkommen, und das wird sie auch im Berliner Wahlkampf gründlich befechten.“

Der Sparkassenprozess Liebenwerda.

Torgau, 28. September.

Vor dem Großen Schöffengericht in Torgau begann am Montag der Prozess gegen den Landrat des Kreises Liebenwerda, Vogl, und den Direktor der Kreissparkasse Kerres. Neben Vogl wird zum Vorwurf gemacht, zugunsten der Sparkasse Georg Schmidt als einen größeren Kredit aus der Sparkasse gegeben haben, trotzdem diese Firma vor dem Zusammenbruch stand. Vogl soll dem Sparkassenleiter dabei durch Rat und Tat Beihilfe geleistet haben. Der Prozess ereignet bei den Eingeweihten des Kreises großes Interesse.

Bei Beginn des Prozesses lehnte die Verteidigung einen der kommunistischen Partei angehörigen Schöffen ab, da Landrat Vogl mehrfach mit der kommunistischen Partei Differenzen gehabt hatte. Das Gericht wies den Antrag jedoch zurück. Die Verhandlung beschränkte sich am ersten Tage auf die Vernehmung der beiden Angeklagten und suchte Klarheit darüber zu schaffen, ob sie sich einer strafbaren Handlung bewußt gewesen sind. Die Angeklagten erklärten, daß sie bei der Vermittlung des Kredits sich im guten Glauben befunden hätten, die Firma Schmidt habe, die Vertraut genoss, sei noch völlig kreditfähig. Der vermittelte Kredit sollte dazu dienen, den Kreis vor einem Schaden zu bewahren, der durch einen zu Frotz gelangenen Wechsel entstanden war, den der Kreis Liebenwerda mit Genehmigung des Kreisratsschulles auf die Lausitzerische Bank in Berlin gezogen hatte. Ein Zweigprozess mit dem Hauptverhandlung in Offen wegen dieses Wechsels ist in erster Instanz zugunsten des Kreises Liebenwerda entschieden worden.

Eine Koalition von Ordnungsbund und Kommunisten.

Dormund, 28. September.

Vor wenigen Tagen erfolgte in Dornum die Wahl eines neuen Oberbürgermeisters. Das Zentrum versuchte, in der zu 50 Prozent katholischen Stadt unter Zustimmung der Demokraten und Sozialdemokraten ein Mitglied seiner Partei durchzubringen. Auch eine Koalition des sogenannten „Ordnungsbunds“ mit den Kommunisten wurde das vereitelt. Der Ordnungsbund trat in persönlicher Fühlung mit den Kommunisten, um den Katholiken als Oberbürgermeister unmöglich zu machen. Die „Germania“ sieht sich deshalb zu folgender Feststellung veranlaßt:

„Diesmal muß auch der harnstoffe Nachläufer der sich als besonders national aufspielenden Parteien einsehen, daß selbst ein Pakt mit den Kommunisten nicht verdammt wird, um ihnen Katholiken zu Fall zu bringen. Die Alten über diese Oberbürgermeisterwahl sind noch nicht geschlossen. Auch der tüchtigste Katholik hat im Ernstfall von diesen traditionell evangelischen Parteien nichts zu erwarten.“

Stellung des Reichsverbandes der deutschen Industrie zur Kartellfrage.

Berlin, 28. September. Der Vorstand des Reichsverbandes der deutschen Industrie beriet in seiner heutigen Sitzung die Beschlüsse des Reichskabinetts in der Kartellfrage und die anschließenden Maßnahmen des Reichswirtschaftsministeriums.

Die Befestigung des Reichsdisziplinarhofes.

Berlin, 28. September. Der Reichsdisziplinarhof wurden zu Mitgliedern des Reichsdisziplinarhofes wiederum als Präsident der Präsident des Reichsgerichts Simon, als Stellvertreter die Präsidenten der Senatspräsidenten Lobe und Mansfeld, als Mitglieder die Reichsgerichtsräte Zeller, Wanner, Ab. Müller und Reich, sowie der bayerische Gesandte u. Proger, als Stellvertreter die Mitglieder der sächsischen Gesandte, Reichsminister a. D. Gradnauer, der hessische Gesandte u. Siegel, der Hamburger Bürgermeister Petersen, der mecklenburg-schwedische Gesandte Tischbein und der braunschweigische Gesandte v. Boden.

Uebergewinnung der bayerischen Anleihe in New York.

New York, 28. September. Die bayerische Staatsanleihe wurde heute zu 100 bis 88 1/2 Proz. je nach Fälligkeit, zur Zeichnung aufgelegt. Der Anleihebetrag von 15 Mill. Doll. wurde beträchtlich überzogen. Der Anhang war geradezu riesig zu nennen und aus allen Teilen des Landes gingen Zeichnungen ein.

Die Entwicklung der Erwerbslosenfürsorge in der ersten Dezemberhälfte.

Berlin, 28. September. In der Zeit von Anfang bis Mitte September 1925 ist die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Erwerbslosenfürsorge von 231000 auf 251000, d. h. um rund 9 Proz. gestiegen. Im einzelnen hat sich die Zahl der männlichen Hauptunterstützungsempfänger von 209000 auf 229000 erhöht. Die der weiblichen Hauptunterstützungsempfänger hat sich nicht wesentlich geändert. Die Zahl der Zuschlagsempfänger (unterstützungsberechtigte Angehörige von Hauptunterstützungsempfängern) ist von 287000 auf 306000 gestiegen.

Entschädigung an Kriegsbeschädigte.

Berlin, 28. September. Kriegsbeschädigte, die im Dezember 1922 eine Rente von 20 Proz. nach den Vorschriften des Reichsversorgungsgesetzes bezogen haben oder denen die Rente später entzogen wurde, erhielten nach der Novelle zum Reichsversorgungsgesetz vom

Jahre 1923 eine wertlose Papiermarkabfindung. Ihnen kann, wie der Reichsverband der Kriegsbeschädigten mittels, auf Grund des Artikels II des 3. Gesetzes zur Abänderung des Reichsversorgungsgesetzes vom 28. Juli 1925, wenn sie nicht der Rentenversicherung angeschlossen sind und wieder rentenberechtigt geworden sind, einmalig der Betrag von 50 RM. gewährt werden. Voraussetzung ist, daß das Durchschnitts-Monatsinkommen ohne Frauen- und Kinderzulagen 200 RM. nicht übersteigt. Der Antrag muß bis spätestens 1. März 1926 an das zuständige Versorgungsamt gerichtet werden; ihm sind Gehalts- oder Lohnbescheinigungen der Arbeitgeber beizufügen. Die Vorschriften des Einkommensteuergesetzes über Einkommensmäßigkeit zum Zwecke der Steuerbefreiung finden bei dieser Bemessung des Einkommens keine Anwendung, jedoch können Beiträge zu Kranken-, Invaliden- und sonstigen Versicherungen und die Steuerabgabe vom Lohn berücksichtigt werden. Antragsteller, die nicht im Gehalts- oder Lohnverhältnis stehen, müssen in anderer geeigneter Form den glaubhaften Nachweis über ihr Durchschnitts-Monatsinkommen in letzter Zeit führen.

Reichskatolik.

Berlin, 27. September. Von den Vierteljahrsesteuern zur Statistik des Deutschen Reiches ist das 3. Heft des Jahrganges 1925 im Verlag von Reimar Hobbing in Berlin SW 61 erschienen. Es enthält 14 Statistiken. Hervorgehoben seien die Veröffentlichungen über die deutsche Seefischerei im Jahre 1924, Zulassung von Wertpapieren an den deutschen Börsen im Jahre 1924, Schlachtvieh- und Fleischbeschau im 2. Vierteljahr 1925, Viehzählung und Ermittlung der nicht beschlagnahmten Hauschlachtungen am 1. Dezember 1924, Branntweinverbrauchs- und Branntweinbelastung im Jahre 1923/24, Tabaksteuer, Statistik im Jahre 1923, Statistik der Preise, Handels- und Kapitaländerungen der deutschen Aktiengesellschaften im Jahre 1924, Konkurs- und Geschäftsaufsicht, Statistik für das 2. Vierteljahr 1925, Statistik der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte im Jahre 1924 und deutsche Arbeitsmarktsstatistik.

Alte politische Nachrichten.

Berlin, 28. September. Am 1. September hat die Kunststiftung für Berufsberatung und Unterricht (Berlin W. 35, Potsdamer Str. 120) ihre Tätigkeit wieder aufgenommen. Die Kunststiftung wird vor allem den Schulbehörden, den Lehrern und Jugendpflegern Anregung und Anweisung zur Berufsberatung geben. Auskünfte über Literatur und praktische Durchführung der Mitarbeit der Schule an der Berufsberatung erteilen und Anträge zur Verwertung der inzwischen gesammelten Erfahrungen veranlassen.

Mag. Hölzl, der als Protest gegen seine Behandlung im Buchhause von Großschlitz in den Hungerstreik getreten war, hat nach der „Soff. Ztg.“ wieder Nahrung zu sich genommen. In den nächsten Verhandlungstagen wird eine große Reihe Fragen erscheinen, die als Geldgeber oder als Mitgläubiger des Kreditausschusses bei dieser Kreditgewährung eine Rolle spielen. Von ihren Aussagen und deren Bewertung wird es abhängen, ob den Angeklagten, besonders dem Landrat Vogel, der Vorwurf einer leichtfertigen oder gar verbrecherischen Handlung gemacht werden kann.

Eine Kundgebung der Universität Wien für den Anschluß.

Wien, 29. September. In Ausführung der Beschlüsse des im Juni in Wien abgehaltenen Hochschultages erließ die Universität Wien eine Kundgebung, in der es unter anderem heißt: Wir erklären es als ein Gebot der Völkergerechtigkeit, daß dem einmütigen Willen des Volkes in Österreich entsprochen und ihm die durch das Völkerrecht und die geschlossenen Verträge ermöglichte nationale Vereinigung mit Deutschland nicht gehindert werde. Österreich erwidert in dieser Beziehung die einzige Möglichkeit, den wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Bestand zu erhalten. Durch die Vereinigung würde nur ein Zustand wiederhergestellt, der über 1000 Jahre zu Recht bestand. Wenn Österreich sich kraft des vom Präsidium Wilson unter Zustimmung der ganzen Welt freiwillig verkündeten Selbstbestimmungsrechtes der Völker mit Deutschland vereinigt, so ist dadurch das wertvollste Volkwerk eines dauernden Friedens in Europa errichtet.

Verhandlungen des Bundeskanzlers Ramek mit den Parteien über die Genfer Beschlüsse.

Wien, 29. September. Die „Neue Freie Presse“ meldet: Bundeskanzler Ramek wird morgen mit den Parteien wegen der Entschliessung verhandeln, die in der Donnerstagssitzung des Nationalrates zur Abstimmung gebracht werden soll. Wie in parlamentarischen Kreisen verlautet, empfiehlt diese Entschliessung die Resolution und Vorschläge des Völkerbundesrates zur Kenntnis zu nehmen unter der Bedingung, daß mit dem 1. Januar 1926 die Kontrolle des Generalinspektors auf die verpfändeten Einnahmen und die Verwendung des Restes der Völkerbundanleihe beschränkt und nach der Genehmigung des Staatsratsantrages für 1926 und der Verlage des Rechnungsbuchschlusses für 1925 beendet wird. Die christlichsozialen Partei und die großdeutsche Volkspartei werden, wie verlautet, die Entschliessung ablehnen. Die sozialdemokratische Partei wird dagegen stimmen. Der Landtag hat die Entscheidung noch vorbehalten.

Die Vernehmung Kalsofi.

Budapest, 28. September. Wie die Montagblätter melden, wurde das Verhör des gewesenen Volkskommissars Kalsofi den ganzen Sonntag über fortgesetzt. Er bestritt in seiner Aussage sämtliche Verbrechen, die ihm im Zusammenhang mit der Vernehmung der Kalsofi-Gruppe vorgeworfen wurden. Er betonte, daß er die Kalsofi-Gruppe nicht geleitet habe, sondern nur ein Mitglied derselben gewesen sei. Er erklärte, daß er die Kalsofi-Gruppe nicht geleitet habe, sondern nur ein Mitglied derselben gewesen sei. Er erklärte, daß er die Kalsofi-Gruppe nicht geleitet habe, sondern nur ein Mitglied derselben gewesen sei.

Die Erhebungen der Polizei haben ergeben, daß einzelne Führer der Bewegung nach Serbien, Belgien, Frankreich, Italien und die Niederlande unternehmen, um die dortigen Führer der Bewegung unbehindert zu machen. In der Stadt Budapest wurden gestern nachmittags zwölf junge Arbeiter verhaftet und nach Budapest gebracht, da sie ebenfalls an der kommunistischen Agitation teilgenommen haben. Ihr Verhör wird heute vorgenommen. Wie ein Budapest-Blatt wissen will, soll die Lenin-Gruppe der Organisation der Tscheka zwei in der Budapest-Gruppe wohlbekanntere Herren, die kürzlich auf ihrer Europareise in Russland angelangt sind, in ihrem Hotel verhaftet haben, wobei ihnen erklärt wurde, daß sie solange als Geiseln betrachtet werden, bis die russische Regierung Beweise über das Schicksal Kalsofi habe. Das Blatt gibt diese Nachricht mit Vorbehalt wieder.

Auflösung der tschechischen unabhängigen Sozialisten.

Prag, 28. September. Der Kongress der Unabhängigen Sozialistischen Partei, dem im ganzen 110 Delegierte der Partei beiwohnten, beschloß nach umfangreicher Debatte den Austritt aus der zweiten Internationale und den Eintritt in die dritte Internationale, sowie den Anschluß an die kommunistische Partei der Tschechoslowakei. Die Unabhängigen Sozialisten Partei hat ungefähr 10000 eingeschriebene Mitglieder. Der Beschluß der Partei wurde heute auf dem Kongress der Kommunisten einmütig zur Kenntnis genommen.

Die Wirkungen des britischen Seemannsstreikes.

London, 28. September. 17 Passagierdampfer sind außer Landes zu dem vorgesehnen Datum von England nach Südafrika, Australien und Neuseeland abzufahren, da die Mannschaften den Dienst verweigern. In Südafrika liegen infolge des Seemannsstreikes 16 Dampfer, in Australien und Neuseeland 56 Dampfer fest.

Eröffnung der Stockholmer Luftverkehrskonferenz.

Stockholm, 28. September. Die Internationale Luftverkehrskonferenz wurde heute früh im Reichstag eröffnet. 15 Länder haben Vertreter entsandt. Unter den Anwesenden wurde auch der Generalsekretär der Internationalen Luftfahrtkommission W. A. Roper bemerkt. Außenminister Lindbom hielt die Begrüßungsansprache. Er betonte vor allem die Notwendigkeit einer Zusammenarbeit der Nationen auf dem Gebiete des Luftverkehrs. Zum Vorsitzenden der Konferenz wurde Generaldirektor Juhin gewählt. Abends begannen die sachlichen Beratungen mit einer Erörterung der Frage des Luftverkehrs bei Krieg, während der Nacht und im Winter. Das zweite Diskussionssthema war die Frage der Maßnahmen zur Hebung der Regelmäßigkeit im Luftverkehr und der Sicherheit der Reisenden. Oberster Regierungsrat Fisch erörterte das Thema insbesondere vom meteorologischen Standpunkt aus.

Kunst und Wissenschaft.

Wie die Vögel das Fliegen lernten.

Wie der heute so hoch entwickelte Flug mit der Flugmaschine von mühseligen Schwereversuchen mit einem mit Stoff überzogenen Rahmen ausging, so hat auch in der Tierwelt das Fliegen mit einer Art gleitendem Fallschirm begonnen, um über zahllose Entwicklungsstufen hinweg die Vorkursoren zu besitzen. Dieser Fallschirm wurde, wie Karl W. Neumann in „Welt und Universum“ ausführt, auf zweierlei Art gebildet durch Reuewerb von Organen oder durch Umgestaltung der Gliedmaßen, die die Tiere schon hatten. Den ersten Weg gingen die Insekten, unter denen es bei weitem am meisten Flieger im Tierreich gibt, den zweiten die Wirbeltiere, von denen heute rund 1300 Vogelarten und 600 Arten von Fledermäusen fliegen können. Die Art, wie die Umwidmung der Vordergliedmaßen bei den Wirbeltieren vor sich ging, war bei den ausgestorbenen Flugtaurien anders als bei den fliegenden Säugtieren, den Fledermäusen und ihren Verwandten. Die geflügelte Gasse der Jura- und Kreidezeit flog gleichsam mit einem einzigen Finger, und zwar gerade mit dem fünften, der sonst der „Heine“ ist, der aber bei den Sauriern sehr vergrößert und tiefenhaft verlängert war und eine seitliche Hautfalte des Kumpfes und Armes als tragende Flugfläche auszubilden hatte. Bei den Handflatterern, den Fledermäusen, erstreckt sich dagegen die Hautschwinge mindestens bis an die Hinterbeine und wird durch den zweiten bis fünften Finger nach Art eines Regenschirms ausgebreitet. Bei unseren heutigen Vögeln tragen die zum Teil vergrößerten Handknochen gemeinsam mit dem Unterarm die Federn, die die Flugfläche bilden. Saurier, Fledermäuse und Vögel lernten ganz unabhängig voneinander fliegen, und anfangs war die Flugart zweifellos vielmehr nur

ein Fallschirm als ein Mittel zum Auswärtsziehen. Aus dem Herabgleiten und Schweden zur Verankerung eines Sprunges entwickelte sich langsam ein unbeholfenes Zorkeln, bis sich die Fluglust einstellte und allmählich brauchbare Werkzeuge schuf. Alle fliegenden Tiere sind entweder noch Kletterer oder sie sind es zweifellos früher gewesen; sie lebten als solche also auf Bäumen und hatten reichlich Gelegenheit, als Fallschirm verwendbare Körpererweiterungen wirklich als solche auszunutzen. Wie solche Tiere die Luft durchsegeln, zeigen am besten die in Ödnissen lebenden Flugschnecken; sie brauchen Arme und Beine, um ihren Fallschirm auszuspannen, der aus einer deren Haut an beiden Körperseiten besteht. Ein hübscher Schwanz dient ihnen als Steueruder, das ihnen die Richtung gibt, mitten in ihrem Schwefelzug durch plötzliches Wenden die Richtung zu ändern. Man hat die Flugschnecken schon 60 m weit von Baum zu Baum gleiten sehen, und doch werden sie in der Sprungweite noch vom Regenbogen oder Blätterdach überzogen, dessen Fallschirm bereits am Halbe beginnt, sich aber alle vier Beine erstreckt und erst an der Spitze des kurzen Schwanzes endet. Er kann einen Schwefelzug auf 70 m ausführen, wobei er auf je 3 m nur 1 m sinkt. Die Vögel haben demgegenüber von vornherein ihre verbreiterten Vordergliedmaßen als Fallschirm benutzt. Die Übergänge vom Fallschirm zum Flügel in einzelnen aufzuzeigen, ist aber nicht möglich, denn gerade diese ersten Anfänge hatten keine Aussicht, erhalten zu bleiben. Es gibt kein Weibchen, das „Schwingen“ von einer Art befiht, die als Vorstufe für den Flügel der heutigen Vögel direkt oder indirekt gelten könnte. Wir wissen nur, daß die Vogelarten ganz ausgesprochene Baumtiere waren und Kletterfähigkeit besaßen. Das Bedürfnis, schnell von Baum zu Baum zu gelangen, führte zum Gleit- und Schwefelzug, der Anfangspunkt des wirklichen Fliegens, wobei sich naturgemäß die Bodenbeine zum Flugwerkzeug formten, da sie

beim Klettern zum Greifen und Auswärtsziehen verwendet wurden und so natürlich mehr den Vetus hatten, beim Fluge durch die Luft als Ruder zu dienen, als die fliegenden Hinterbeine. Der älteste Vogel, den wir kennen, der Urvogel Archaeopteryx, der in der Jura-Gruppe lebte, besaß am Flügel noch freibewegliche befaltete Finger, ein Zeichen, daß seine „Flughaut“ einst ausschließlich Kletter- und Greiforgan war. Sein Flug war ein Flatterflug, der leicht in den Fallschirmflug überging und wesentlich unbeholfener war als der eines Rebhühns oder Falkens. An ein Durchfliegen größerer Strecken war bei diesem Urvogel noch nicht zu denken.

„Hoffmanns Erzählungen“ im Opernhaus gingen in mehreren Umkleepungen, zwei Reuebefestungen und mit einem Gast in Szene. Der letztere war der für Mag. Hölzl eingelungene Herritz Biffert-Charlottenberg, der hier schon wiederholt verdienstlich auftrat. Für Robert Burg war Rudolf Schmalnauer zur Stelle, für Olga Stitzner Margarete Heyne-Brande. Die Reuebefestungen bestanden die Rollen der Olympia und Giulietta. In der ersten bediente Erna Berger mit freundlichem Erfolg. Sie brachte für die Gestalt der Puppe ein zierliches Fräulein, eine mit dieser harmonisierende hübsche keine Stimme und eine schon recht saubere koloratur mit. Eine ansprechende und den ihr gesprochenden ermunternden Reuebefestung verdienten Acht anerkennung. Anspruchsvoller sind ihrer ganzen Anlage nach von vorterrin Rolle und Partie der Giulietta, in der ich die erste Bekanntheit mit Ina G. Walli machte. Stimmlich erscheint die Dame, ein erotischer Typ für das jugendlich-dramatische Hoch derufen zu sein, und sie t. me. also auch für Aufgaben wie Agathe, Ulla, Elisabeth in Frage. Aber den Stand ihrer Stimmführung würde am besten die Partie der Agathe alle erwünschten Auffassungen geben können. An diesem Abend vermochte man nur feststellen, daß die Stimme nicht ohne

Qualität ist, daß man aber von einer eigentlichen Stimmlinse noch kaum wird reden können. D. S. Kavierabend Schapira. Auch in Dresden hat Vera Schapira längst ihre große Gemeinde. Der Palmengartenaal war gestern nicht gefüllt, und man lachte mit Spannung und Anteilnahme dem Spiel dieser ständigen Virtuosa, für die es technische Probleme nicht mehr zu geben scheint. Sie begann mit Friedemann Bachs Orgelformel in D-moll, und schon hier ward ihr eminentes pianissimo Können allenfalls offenbar. In prachtvoller Anlage, Gliederung und Steigerung schuf sie das Orgelstück nach, mit voller Erfassung der ritisch wichtigen Momente. An zweiter Stelle stand Carl Maria v. Weber's erste große Sonate in C-dur (Werk 24). Hier hob die Pianistin das Melos (Adagio) mit der ganzen Innigkeit hervor, nicht minder die sprudelnde Melodiefreudigkeit des Romanzer's, die im „Rondo-Beethoven“ eine kaum zu überbietende Virtuosität der „Perpetuum mobile“ zeigte. Vielleicht hätte der „Fischschy“-Komponist gerufen: „Beethoven, aber nicht „Fischschy!“ Gleichviel, der Eindruck war in jeder Beziehung zwingend und staunenwert. Wer spielt der Schapira die tschechischen Variationen über „Rosen, Klagen“ und das „Crucifixus“ aus der H-moll-Messe Sch. Nach in der gleichen gewaltigen Ausdehnung nach? Hier domiert und hämmert besonders die linke Hand mit einer Intensität, die überwältigend wirkt. Dagegen mußte das an sich samt schillernde Postpositiv-Bass aus Kuber's „Stimme von Fortici“ verhallen, wenn auch die Betonung des revolutionären Entschlusses in dieser Musik einen Gegenstoß zur widerwärtigen „Lorenzella“ bildete. Es warte der „See“, die tschechischen Damen-Kammer vor dem Podium erlangte ihre Zugabe. Viele erhofften eine tschechische Kapodie, das ureigenste Gebiet der Künstlerin. Sie spielte jedoch die „Blauwe Donna“ zur Erinnerung an den kommenden 100. Geburtstag des Kaiserthums Johann II. G. H.

Amtlicher Teil.

Der 2. Nachtrag zur Satzung des Gemeindefonds Vermögenswert Hochs ist vom Kreisamtsrat genehmigt worden und liegt vom Tage der Veröffentlichung dieser Bekanntmachung ab 14 Tage lang zur Einsichtnahme aus.

Kreisamtsrat Chemnitz, am 25. September 1925.

Die Dienstreise wird für die Zeit vom 1. Oktober 1925 bis 31. März 1926 weisungslos von 1/4 nachmittags festgesetzt.

Kreisamtsrat Chemnitz, am 28. September 1925.

Die Kreisamtsrat Chemnitz, am 26. September 1925.

Auf Blatt 158 des Handelsregisters, betr. die Firma ... am 26. September 1925.

In das hiesige Handelsregister ist eingetragen worden: 1. auf Blatt 742, die Firma ... am 28. September 1925.

2. auf Blatt 768, die Firma ... am 28. September 1925.

3. auf Blatt 854 die Firma ... am 28. September 1925.

4. auf Blatt 854 die Firma ... am 28. September 1925.

5. auf Blatt 854 die Firma ... am 28. September 1925.

6. auf Blatt 854 die Firma ... am 28. September 1925.

7. auf Blatt 854 die Firma ... am 28. September 1925.

am 25. November 1925, vormittags 1/10 Uhr an der Gerichtsstelle, Holzringstr. 1, I, Saal 118, öffentlich versteigert werden.

Das Grundstück ist nach dem Grundbuch 3,8 Hektar groß und auf 22 000 RM. geschätzt.

Die Einsicht der Mitteilungen des Grundbuchamts sowie der übrigen das Grundstück betreffenden Nachweisungen, insbesondere der Schätzungen, ist jedem gestattet.

Rechts auf Versteigerung aus dem Grundbuche sind, soweit sie zur Zeit der Eintragung des am 29. Mai 1925 verlautbarten Versteigerungsvermerks aus dem Grundbuche nicht ersichtlich waren, spätestens im Versteigerungstermine vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden.

Wer ein der Versteigerung entgegenstehendes Recht hat, muß vor der Erstellung des Zuschlags die Aufhebung oder die einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeiführen.

Amtsgericht Dresden, Abt. III, den 24. September 1925.

Auf dem für die Firma ... am 24. September 1925.

Auf Blatt 323 des hiesigen Handelsregisters über die Firma ... am 28. September 1925.

Die Generalversammlung vom 4. Juli 1925 hat laut Notariatsprotokoll vom gleichen Tage die Erhöhung des Grundkapitals von 200 000 RM. auf 400 000 RM. durch Ausgabe von 200 Stück auf den Inhaber lautende Vorzugsaktien im Nennwert von je 1000 RM. beschlossen.

Die Erhöhung des Grundkapitals ist am 24. September 1925 genehmigt worden.

Amtsgericht Chemnitz, den 28. September 1925.

Aber das Vermögen des ... am 28. September 1925.

Konkursforderungen sind bis zum 30. Oktober 1925 bei dem Gericht anzumelden.

Es wird zur Befriedigung über die Verbleibende des erkrankten oder die Wahl eines anderen Verwalters sowie über die Befreiung eines Gläubigerausschusses und eintretendenfalls über die in § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände auf

den 14. Oktober 1925, vormittags 1/10 Uhr, und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf den 18. Oktober 1925, vormittags 10 Uhr vor dem unterzeichneten Gerichte Termin anberaumt.

Allen Personen, die eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, wird aufgeboten, nichts an den Gemeindefonds zu verabsorgen oder zu leisten, auch die Verpfändung aufzulegen, von dem Befehle der Sache und von den Forderungen, für die sie aus der Sache abgesonderte Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 15. Oktober 1925 Anzeige zu machen.

Amtsgericht Chemnitz, den 24. September 1925.

Auf Blatt 813 des Handelsregisters, die Firma ... am 25. September 1925.

Aber das Vermögen der Firma ... am 26. September 1925.

Die Generalversammlung vom 4. Juli 1925 hat laut Notariatsprotokoll vom gleichen Tage die Erhöhung des Grundkapitals von 200 000 RM. auf 400 000 RM. durch Ausgabe von 200 Stück auf den Inhaber lautende Vorzugsaktien im Nennwert von je 1000 RM. beschlossen.

Die Erhöhung des Grundkapitals ist am 24. September 1925 genehmigt worden.

Amtsgericht Chemnitz, den 28. September 1925.

Amtsgericht Chemnitz, am 26. September 1925.

Amtsgericht Chemnitz, am 26. September 1925.

Über das Vermögen der ... am 28. September 1925.

Konkursverwalter: Herr Rechtsanwalt Dr. ... am 28. September 1925.

Amtsgericht Chemnitz, den 28. September 1925.

Auf Blatt 957 des Handelsregisters, betr. die Firma ... am 26. September 1925.

In das Handelsregister ist heute eingetragen worden: 1. auf Blatt 1509, betr. die Fa. ... am 26. September 1925.

2. auf Blatt 2474, betr. die Fa. ... am 26. September 1925.

3. auf Blatt 2823 die Firma ... am 26. September 1925.

4. auf Blatt 2319, betr. die Fa. ... am 26. September 1925.

5. auf Blatt 2319, betr. die Fa. ... am 26. September 1925.

6. auf Blatt 2319, betr. die Fa. ... am 26. September 1925.

7. auf Blatt 2319, betr. die Fa. ... am 26. September 1925.

Dresden.

Unterbrechung in der Stromzuführung. Am Sonntag zwischen 1/2 und 7 Uhr abends traten im Fernstrom drei Unterbrechungen auf, die mehrmals Ursache in der Hochverlegung der Stadt brachten.

Strombahnlinien 8 und 22. Von heute Dienstag bis zum Freitag, den 2. Oktober, wird nach von 1 Uhr an der Kurzfürsienplatz für die Straßenbahnverkehr gesperrt.

Teufels Hygiene-Museum. Amtliche Führungen durch die Ausstellung über Rassen-Hygiene (Ausstellungshalle am Zwinger) finden diese Woche am Mittwoch, abends 6 Uhr durch Dr. Dietrich, am Sonntag, abends 6 Uhr, durch Frau Dr. Rangro statt.

Aber die Bewegung der Zahl der Schulanfänger in Dresden wird uns vom Schulausschuss mitgeteilt: Es wurden angemeldet im Jahre 1922 5741 Kinder (= 3550 weniger als 1921).

Die heutige Weltlage vom Schicksal der Angelsachsen behandelt der Direktor des Amerikamuseums Dr. Hertling-Beilm in einem Vortrag am Sonntag, den 4. Oktober in Dresden in der Aula des Gymnasiums.

Die schlesische Volkswohlfahrtsvereine. Die ersten Volkswohlfahrtsvereine dieses Winters bringen am 5. Oktober eine Ausstellung der genau vor 100 Jahren entworfenen Oper 'Die weiße Dame' von Boelcke durch die Volkswohlfahrtsvereine, die je nachdem zugänglich sind, werden Eintrittskarten an Nichtmitglieder nur bei Preis und Mithilfe ausgegeben.

Die schlesische Volkswohlfahrtsvereine. Die ersten Volkswohlfahrtsvereine dieses Winters bringen am 5. Oktober eine Ausstellung der genau vor 100 Jahren entworfenen Oper 'Die weiße Dame' von Boelcke durch die Volkswohlfahrtsvereine, die je nachdem zugänglich sind, werden Eintrittskarten an Nichtmitglieder nur bei Preis und Mithilfe ausgegeben.

Die schlesische Volkswohlfahrtsvereine. Die ersten Volkswohlfahrtsvereine dieses Winters bringen am 5. Oktober eine Ausstellung der genau vor 100 Jahren entworfenen Oper 'Die weiße Dame' von Boelcke durch die Volkswohlfahrtsvereine, die je nachdem zugänglich sind, werden Eintrittskarten an Nichtmitglieder nur bei Preis und Mithilfe ausgegeben.

Die schlesische Volkswohlfahrtsvereine. Die ersten Volkswohlfahrtsvereine dieses Winters bringen am 5. Oktober eine Ausstellung der genau vor 100 Jahren entworfenen Oper 'Die weiße Dame' von Boelcke durch die Volkswohlfahrtsvereine, die je nachdem zugänglich sind, werden Eintrittskarten an Nichtmitglieder nur bei Preis und Mithilfe ausgegeben.

Die schlesische Volkswohlfahrtsvereine. Die ersten Volkswohlfahrtsvereine dieses Winters bringen am 5. Oktober eine Ausstellung der genau vor 100 Jahren entworfenen Oper 'Die weiße Dame' von Boelcke durch die Volkswohlfahrtsvereine, die je nachdem zugänglich sind, werden Eintrittskarten an Nichtmitglieder nur bei Preis und Mithilfe ausgegeben.

Die schlesische Volkswohlfahrtsvereine. Die ersten Volkswohlfahrtsvereine dieses Winters bringen am 5. Oktober eine Ausstellung der genau vor 100 Jahren entworfenen Oper 'Die weiße Dame' von Boelcke durch die Volkswohlfahrtsvereine, die je nachdem zugänglich sind, werden Eintrittskarten an Nichtmitglieder nur bei Preis und Mithilfe ausgegeben.

Die schlesische Volkswohlfahrtsvereine. Die ersten Volkswohlfahrtsvereine dieses Winters bringen am 5. Oktober eine Ausstellung der genau vor 100 Jahren entworfenen Oper 'Die weiße Dame' von Boelcke durch die Volkswohlfahrtsvereine, die je nachdem zugänglich sind, werden Eintrittskarten an Nichtmitglieder nur bei Preis und Mithilfe ausgegeben.

Die schlesische Volkswohlfahrtsvereine. Die ersten Volkswohlfahrtsvereine dieses Winters bringen am 5. Oktober eine Ausstellung der genau vor 100 Jahren entworfenen Oper 'Die weiße Dame' von Boelcke durch die Volkswohlfahrtsvereine, die je nachdem zugänglich sind, werden Eintrittskarten an Nichtmitglieder nur bei Preis und Mithilfe ausgegeben.

Die schlesische Volkswohlfahrtsvereine. Die ersten Volkswohlfahrtsvereine dieses Winters bringen am 5. Oktober eine Ausstellung der genau vor 100 Jahren entworfenen Oper 'Die weiße Dame' von Boelcke durch die Volkswohlfahrtsvereine, die je nachdem zugänglich sind, werden Eintrittskarten an Nichtmitglieder nur bei Preis und Mithilfe ausgegeben.

der von der Landesabteilung Sachsen der Reichszentrale für Heimatdienst veranstaltet wird, beginnt, nicht wie ursprünglich angelegt war um 1/10 Uhr, sondern pünktlich 1/11 Uhr vormittags.

Generalversammlung der ... am 26. September 1925.

Aus Sachsen.

Karte der sächsischen Staatsforsten.

Die von Reichsforstliche Ortskarte von Sachsen mit anschließendem Böhmischen Gebiet im Maßstab 1:260 000 und 80x100 cm groß, die alle Orte, Straßen, Hauptwege, Flüsse, Eisenbahnen mit Bahnhöfen, Höhen usw. anzeigt, erscheint Mitte Oktober in einer Spezialausgabe als Übersichtskarte der sächsischen Staatsforsten.

Die am Sonntag im Volkshaus zu Chemnitz zusammengetretene Tagung der sozialdemokratischen Bürgermeister.

Die am Sonntag im Volkshaus zu Chemnitz zusammengetretene Tagung der sozialdemokratischen Bürgermeister.

Die am Sonntag im Volkshaus zu Chemnitz zusammengetretene Tagung der sozialdemokratischen Bürgermeister.

Die am Sonntag im Volkshaus zu Chemnitz zusammengetretene Tagung der sozialdemokratischen Bürgermeister.

Die am Sonntag im Volkshaus zu Chemnitz zusammengetretene Tagung der sozialdemokratischen Bürgermeister.

Die am Sonntag im Volkshaus zu Chemnitz zusammengetretene Tagung der sozialdemokratischen Bürgermeister.

1. Die Errichtung selbständiger Arbeitsgerichte ist ebenso wie die Angliederung an die ordentlichen Gerichte abzulehnen.

2. Die bereits als vorläufige Arbeitsgerichte tätig sind, sind aufzubauen, besonders in dem Sinne, daß sie auch für Betriebsfragen aller Arbeitnehmer und Arbeitsgruppen zuständig werden.

3. Zur Herbeiführung eines länderlosen Reges sind Sondergerichte (Arbeitsgerichte) für die weiteren Kommunalverbände (für die den Bezirken angehörigen Gemeinden Bezirksarbeitsgerichte und für die bezirksfreien Städte städtische Arbeitsgerichte) zu errichten, welche für die Bezirke aller Gemeinden zuständig sind, für welche ein Gemeindefondsgericht nicht besteht.

4. Die Gebühren sind auf ein Drittel der Gebühren des Reichsforstengesetzes zu bemessen. Im Falle einer Erledigung durch Bergrecht sollen die Gebühren weg.

5. Nach für die Berufungsinflanz, und zwar beim Oberlandesgericht, sind sachverständige Mitglieder aus dem Wirtschaftskreis (Arbeitnehmer und Arbeitgeber) vorzuziehen.

6. Beim Reichsgericht ist für Entscheidungen, Revisionen und Herbeiführung einer einheitlichen Rechtsprechung eine gleichfalls aus sachverständigen Mitgliedern (Arbeitnehmer und Arbeitgeber) bestehendes Reichsarbeitsgericht zu errichten.

Als nächster Tagungsort wurde Dresden gewählt. Für diese sind Referate über Finanzausgleich und Steuergesetzgebung (Reichsfinanzminister Dr. Frick) und über den Reichsgerichtswahlgesetzentwurf vorzulegen.

Nachgelesenheit zum Stadt- und Burgfest in Stolpen. Aus Anlaß des am 3. und 4. Oktober in Stolpen stattfindenden Stadt- und Burgfestes werden die Kraftomnibusse der Reichspost zwischen Riesa und Stolpen in angemessenen kurzen Zwischenräumen, so daß für die in Riesa ankommenden Besucher schneller Anschluss nach Stolpen besteht.

Aus welchem Anlaß besteht am 3. Oktober 1 Uhr 30 Min. nachmittags ab Dresden Theaterplatz (Italienisches Börsen) und 5 Uhr nachmittags ab Dresden Hauptbahnhof (Kasseler) je ein Infanterieregiment Omnia nach Stolpen. Die Omnibusse fahren am 4. Oktober in den späteren Abendstunden von Stolpen nach Dresden zum Jahrespreis in einer Richtung 2 RM. Nähere Auskunft und Vorbestellung beim

